Schaftsordnung gerichteten Kurs festhält. Es zeigte sich der enge Zusammenhang zwischen der Politik der Regierung Brandt und der Politik der Regierung Nixon. Die Ostpolitik der Regierung Brandt ist, wie die jüngste USA-Reise des westdeutschen Bundeskanzlers erneut bestätigte, eingebettet in die globalen Gesichtspunkten angelegte amerikanische Strategie, die u. a. mit flexiblen Mitteln der Differenzierung und der Unterwanderung versucht, in sozialistische Staaten einzudringen.

Im dritten Jahrzehnt des Bestehens der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland als souveräne Subjekte des Völkerrechts, die beide internationale Beziehungen zu anderen Staaten in aller Welt unterhalten, war es enttäuschend, daß sich Bundeskanzler Brandt noch nicht bereit fand, mit der überkommenen CDU/CSU-Politik zu brechen und auf gleichberechtigte völkerrechtliche Beziehungen zur DDR einzugehen.

Herr Brandt nahm vielmehr ausdrücklich auf die Pariser Verträge bezug, deren sog. Deutschlandvertrag im Art. 7 Abs. 2 vorsieht, daß die DDR in das Verfassungssystem der westdeutschen Bundesrepublik einbezogen und in das westliche Paktsystem integriert werden soll.

Herr Brandt lehnte auch die Anerkennung der Souveränität und der Völkerrechtssubjektivität der DDR ab. Er brachte zum Ausdruck, daß Völkerrecht und Nichteinmischung nicht auf die Beziehungen zur DDR anwendbar seien. Indirekt wird die Alleinvertretungsmaßnahme heute in neuer Form unter dem Deckmantel „innerdeutscher Sonderbeziehungen“ konserviert. Dieses „innerdeutsche Sonderverhältnis“ soll der Bundesrepublik die Möglichkeit der Einmischung in innere Angelegenheiten der DDR offenhalten.

Auch dann, wenn Bundeskanzler Brandt in Worten Grundsätze wie Nichtdiskriminierung, Gleichberechtigung und dgl. erwähnte, schränkte er sofort ein: dies geschehe nur unter dem Vorbehalt, daß sich diese Begriffe auf ein „innerdeutsches Sonderverhältnis“ beziehen und somit keine völkerrechtliche Verbindlichkeit beanspruchen können.

Gelegentlich wird dabei von westdeutscher Seite auch der Begriff „zwischenstaatliches Recht“ verwandt, aber nicht, wie jeder Jurist, jeder Politiker erwarten würde, als Synonym für Völkerrecht. Im Gegenteil, es wird ausdrücklich bestritten, daß dieses „zwischenstaatliche Recht“ Völkerrechtscharakter haben soll. Das Bonner „zwischenstaatliche Recht“ ist mithin nur als gefälligeres Pseudonym für Staatsrecht gedacht.

Nun hieße es Eulen nach Athen tragen, wenn man sich noch um den Nachweis bemühen wollte, daß es selbstverständlich zwischen Völkerrecht und innerstaatlichem Recht keine irgendwie geartete rechtliche Zwitterkategorie gibt, etwa im Sinne des von der Sozialdemokratie propagierten „dritten Weges“. Entweder geht es um Beziehungen innerhalb eines Staates, die vom Staatsrecht geregelt werden, oder es geht um die Gestaltung der Beziehungen zwischen unabhängigen souveränen Staaten, die nur vom Völkerrecht erfaßt werden können.

Das Staatsrecht regelt, ausgehend von der jeweiligen Verfassung des Staates, innerstaatliche Verhältnisse, z. B. die Beziehungen zwischen zentralen und örtlichen Staatsorganen, ihr Unterstellungsverhältnis, die Beziehungen zwischen den Bürgern und staatlichen Organen oder in einem Bundesstaat wie der BRD auch das Verhältnis der einzelnen Bundesländer zur zentralen Staatsgewalt. Das Völkerrecht dagegen, das können Herr Brandt und seine Berater in jedem einschlägigen Lehrbuch oder Kommentar nachlesen, regelt die Beziehungen zwischen souveränen Staaten, die — ent-

sprechend dem Prinzip der souveränen Gleichheit — rechtlich einander gleichgestellt sind¹. Das Völkerrecht schließt wesensnotwendig ein Über- oder Unterordnungsverhältnis oder eine sonstige geartete Unterstellung eines Staates unter einen anderen aus.

Wer also leugnet, daß es zwischen der Deutschen Demokratischen Republik, deren Völkerrechtssubjektivität außer Zweifel steht, und der Bundesrepublik Deutschland, deren Völkerrechtssubjektivität die DDR nie bestritten hat, nur völkerrechtliche Beziehungen geben kann und darf, der will die souveräne Gleichheit der DDR leugnen, will die DDR im Verhältnis zur Bundesrepublik in ein irgendwie „innerdeutsch“ getarntes Abhängigkeitsverhältnis bringen.

Selbstverständlich ist es absurd zu glauben, die Deutsche Demokratische Republik würde eine solche Zumutung hinnehmen.

Hier geht es nicht, wie die Regierung Brandt glauben machen möchte, um irgendwelchen juristischen Formelkram, den man beiseite lassen sollte. Hier geht es um ein eminent politisches Thema, nämlich um die Grundfrage der Gestaltung der Beziehungen zwischen der DDR und der BRD. Es ist auch einfach nicht zutreffend, wenn Herr Brandt behauptet, der Terminus „völkerrechtliche Anerkennung“ müsse als Begriff erst weiter geklärt werden². Was völkerrechtliche Anerkennung besagt, kann ebenfalls jedem Völkerrechtslehrbuch und -kommentar entnommen werden. Es geht ganz einfach darum, die souveränen Rechte der Deutschen Demokratischen Republik als gleichberechtigtes Subjekt des Völkerrechts zu achten und sich ihr gegenüber völkerrechtsgemäß und friedensfördernd zu verhalten.

Wer die Verbindlichkeit völkerrechtlicher Normen für die Gestaltung der Beziehungen zwischen der DDR und BRD leugnet, will eben offenbar nicht, daß beide Staaten als gleichberechtigte Völkerrechtssubjekte friedfertig miteinander verkehren können, daß es zwischen ihnen ein geregelter Nebeneinander gibt. Wer sich so verhält, will offenbar nicht, daß die DDR und die BRD in ihrem gegenseitigen Verhältnis die allgemein anerkannten Normen des Völkerrechts — angefangen vom Grundsatz der souveränen Gleichheit über das Verbot der Drohung mit und der Anwendung von Gewalt, das Verbot der Einmischung und der Diskriminierung bis hin zur Verpflichtung zum Nichtangriff, zur Achtung der territorialen Integrität und Unantastbarkeit der Grenzen und zur Gewährleistung des gegenseitigen Vorteils — uneingeschränkt und verbindlich anwenden. Er will mithin auch nicht, daß sich die DDR bei Verletzung der erwähnten Prinzipien auf den Schutz des Völkerrechts berufen kann.

Niemandem soll hier irgendetwas unterstellt werden. Aber mit den Begriffen „gesamtdeutsch“, „großdeutsch“, „alle Deutschen“, „innerdeutsch“ usw. gibt es doch sehr bezeichnende geschichtliche Erfahrungen. Derartige Begriffe wurden vom deutschen Imperialismus immer dann strapaziert, wenn es galt, irgendwelche Rechtsmaßnahmen durchzusetzen oder abzusichern.

Niemand kann von der Deutschen Demokratischen Republik erwarten, daß sie angesichts der seit zwei Jahrzehnten von der Bundesrepublik gegenüber unserem Staat betriebenen feindseligen Politik auf die Anwendung des Völkerrechts verzichtet. Oder soll die DDR selbst irgendeiner Regierung Westdeutschlands auch noch den Vorwand liefern, zu irgendeinem Zeitpunkt

¹ Zur Definition des Völkerrechts vgl. u. a. Lewin/Kaljušnaja, Völkerrecht (Lehrbuch), Berlin 1967, S. 18; Koschewnikow u. a., Lehrbuch des Völkerrechts, Moskau 1967, Bd. 1, S. 38 (russ.).

² Willy Brandt in einem Interview mit dem II. westdeutschen Fernsehen am 29. März 1970.